

# Deutsche Rundschau

in Polen

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 zł. vierteljährlich 14,66 zł. mit Zustellgeld 4,80 zł. Bei Postbezug monatl. 4,89 zł. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 D. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrückung u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erchehen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 269

Bromberg, Donnerstag, den 23. November 1933

57. Jahrg.

## Vor anderthalb Jahrhunderten

Im Zusammenhange mit den inzwischen verwirklichten Bemühungen Sowjetrußlands um seine Anerkennung durch die Regierung der Vereinigten Staaten erinnert die polnische Presse an die Zeit vor anderthalb Jahrhunderten, da die junge, frisch aus den Wirrnissen der Revolution hervorgegangene amerikanische Republik ganze 24 Jahre lang auf dieselbe Anerkennung durch das zaristische Rußland warten mußte. Die ersten Abgesandten der Vereinigten Staaten, die mit dieser Mission in Rußland betraut worden waren, Franz Dan und sein Sekretär John Quincy Adams, segelten sechs Monate lang auf einem kleinen Segler nach Petersburg und saßen dort länger als zwei Jahre. Sie gaben sich alle Mühe, von Katharina II., der stolzen „Semiramis des Nordens“, empfangen zu werden, jedoch vergeblich. Waren sie doch nur Vertreter der steigenden Revolution gegen den König von England, den Gottgesalbten. Die Prinzessin aus dem Hause Schleswig-Gottorp, die auf dem Thron ihres ermordeten Gatten saß, weigerte sich grundsätzlich, die beiden überseeischen Vertreter „des Aufruhrs und der Revolution gegen die heiligen Rechte der Gefalbten“ zu empfangen. Die amerikanischen Abgesandten, denen nicht einmal die Ehre zuteil ward, die stolze Zarin aus weitestfer Entfernung zu schauen, sind unverrichteter Sache abgereist. Noch ein Gottgesalbter, Paul I., mußte unter Säbelhieben und Stiefelritten seiner Generale unter dem stillen Einverständnis seines Sohnes fallen, der dann als Alexander I. den Thron seiner Vorfahren bestieg, bis endlich im Jahre 1809 der junge (und liberale) russische Zar, beeindruckt durch die französische Revolution, sich entschloß, die Vereinigten Staaten als einen Staat anzuerkennen, mit dem normale diplomatische Beziehungen zu unterhalten ihm seine eigene Würde und die seines Imperiums gestattete.

Trotz aller Schwierigkeiten und trotz fünfzehnjährigen Wartens hatte Litwinow als Abgesandter des revolutionären Rußland eine viel leichtere Aufgabe, als die beiden Abgesandten der jungen Vereinigten Staaten, die vor anderthalb Jahrhunderten dieselbe Reise zu dem gleichen Zwecke unternahmen wenn auch in entgegengesetzter Richtung. Litwinow wurde vom Präsidenten Roosevelt nach Washington eingeladen. Der Sowjetbelegierte war also dem Risiko erfolglosen Klopfens und Wartens nicht ausgesetzt. Statt auf einem armeligen Segelschiff, das ein Spielzeug der Wellen des Ozeans war, fuhr Litwinow nach Amerika in einer Luxusjacht der stolzen „Berengaria“, und wenn er für die Seekrankheit nicht allzu empfindlich ist, hat er nicht einmal gespürt, daß er den Atlantischen Ozean durchquerte. In Washington waren die Unterredungen von kurzer Dauer und wickelten sich in einer freundschaftlichen Atmosphäre ab.

Wenn im Anschluß an diesen Vergleich von einer gewissen polnischen Presse behauptet wird, es gäbe doch einen Fortschritt in der Geschichte, so mag das — technisch gesehen — richtig sein. Der Mensch der neuen Zeit, der nicht mehr in der Materie stecken bleibt, schüttelt bei solcher Überlegung sein junges Haupt. Uns will scheinen, die Welt des alten liberalen Westens, zu dem auch Amerika gehört, sei grundsätzlich geworden. Und das ist wahrhaftig kein Fortschritt! Man dünkt sich heute erhaben über die nur aus ihrer Zeit verständliche Haltung der großen Katharina. Wie wird man in anderthalb Jahrhunderten über Roosevelt denken, der wahrhaftig ohne jeden sittlichen Grund — seinen Pakt mit dem Kreml schloß? Vermutlich wird der Mann dann schon vergessen sein!

## Beunruhigung in Japan und China

über die russisch-amerikanische Verständigung.

Der Moskauer Korrespondent des Krakauer „Kustrowany Kurjer Codzienny“ meldet seinem Blatte:

Die Meldung von der Aufknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten hat in Tokio eine große Beunruhigung hervorgerufen. Unverkümmelt nach dem Eingang der Meldungen aus Washington und Moskau trat der japanische Ministerrat zusammen, der bis in die späte Nachtstunden hinein über die laufende Außenpolitik, sowie über die Lage beriet, die sich jetzt herausgebildet hat.

Ein Chaos hat die Meldung von der Anerkennung der Sowjets durch die Vereinigten Staaten auch in der chinesischen Bevölkerung ausgelöst. Wie aus Schanghai gemeldet wird, fordern alle größeren chinesischen Zeitungen die unverzügliche Befestigung des Landes, da es keinem Zweifel unterliege, daß die Anerkennung der Sowjets durch die Vereinigten Staaten einen sowjet-russisch-japanischen Krieg zur Folge haben werde, der sich vor allem auf chinesischem Gebiet abspielen werde.

Sensationell lauten die aus Washington in Tokio eintreffenden Telegramme. Der Vertreter des Staates Mandschu u. O. Rea, der augenblicklich in den Vereinigten Staaten weilt, gab auf eine Anfrage der amerikanischen Presse eine Erklärung ab, in der auf die Gefahr hingewiesen wird, die den Vereinigten Staaten von Rußland drohe. Nach seiner Ansicht werden die Sowjets, nachdem sie ihre Stellung in Mittelasien und in Sibirien gestärkt haben, unverzüglich einen Krieg mit Japan

beginnen, in den die Vereinigten Staaten unbedingt verwickelt werden. Der Krieg sei unvermeidlich und jeder, sogar der kleinste Konflikt könne sehr ernste Folgen zeitigen.

## Wiederaufnahme der normalen Beziehungen

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an ihre diplomatischen Vertreter in allen Staaten ein Rundschreiben gerichtet, in welchem empfohlen wird, amtliche und gesellschaftliche Beziehungen mit der sowjetrussischen Diplomatie aufzunehmen. Eine ähnliche Weisung haben auch alle sowjetrussischen diplomatischen Auslandsvertretungen vom Außenkommissariat in Moskau erhalten.

## Die russischen Emigranten werden ausgewiesen.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben dort am Montag amerikanisch-russische Verhandlungen über die Anerkennung und Regelung der Kerenki-Schulden in den Vereinigten Staaten begonnen. Sie betreffen gleichzeitig die Finanzierung der Ankäufe der sowjetrussischen Armee in Amerika. Es wird betont, daß die einzige über die amerikanisch-russische Verständigung unzufriedene Bevölkerungsschicht die russischen Emigranten sind, die dieser Verständigung zum Opfer fallen werden, da sie als Feinde der Sowjetregierung, die eine sowjetfeindliche Agitation in Amerika betreiben, von dort ausgewiesen werden sollen.

## Der japanische Botschafterposten in Newyork wird nicht besetzt.

Paris, 22. November. (P.M.) Einer Meldung der Havas-Agentur zufolge hat die Japanische Regierung beschlossen, den Botschafterposten in Newyork vorläufig nicht zu besetzen. Japan wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten durch den japanischen Geschäftsträger vertreten werden. Die Ernennung des neuen japanischen Botschafters in den Vereinigten Staaten wird erst nach genauerer Übersicht über die Entwicklung der Verhältnisse erfolgen können, die sich zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten herausbilden werden.

## Litwinow fährt nach Rom.

Paris, 22. November. (P.M.) Aus Rom wird gemeldet, daß Außenkommissar Litwinow, der die Vereinigten Staaten am 25. November verläßt, vor seiner Rückkehr nach Moskau einen Abstecher nach Rom machen wird, um mit Mussolini zu konferieren.

## Die Evangelischen in Choroszcz haben ihre Kirche wieder.

Der auffehenerregende Vorfall in der kleinen Stadt Choroszcz in der Nähe von Bialystok, wo die Katholiken mit ihrem Priester an der Spitze mitten im evangelischen Gottesdienst das evangelische Gotteshaus beschlagnahmten, hat auch die ausländische Presse vielfach beschäftigt und ein sehr ungünstiges Licht auf die rechtliche Lage der Evangelischen in Polen geworfen. Nach dem ersten Pressebericht hatte sich die Gemeinde sowohl an den Wojewoden wie an die kirchliche Behörde in Warschau gewandt und um sofortige Abhilfe gebeten. Den energischen Einsprüchen ist es zu verdanken, daß die lutherische Kirche in Choroszcz ihren rechtmäßigen Eigentümern wieder zurückgegeben wurde. Auch die bekanntlich schon aus der Kirche herausgeschafften Kirchengeräte mußten der Gemeinde wieder zugeestellt werden.

Wie erinnerlich, hatte die katholische Gemeinde schon in den nächsten Tagen nach der Besetzung den Fußboden aufgerissen, um banliche Veränderungen vornehmen zu lassen. Es muß selbstverständlich erwartet werden, daß die Gemeinde ihre Kirche in würdigem Zustande zurückerhält. pz.

## Strafantritt der ehemaligen Brestler Sittlinge

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Staatsanwalt des Warschauer Bezirksgerichts hat am Sonnabend die Polizeibehörden angewiesen, den im Brest-Prozess verurteilten Führern des Zentrolink-Wołos Baginski, Barlicki, Dubois, Kiernik, Liebermann und Pragier, die im Bereich des Warschauer Bezirksgerichts ihren Wohnsitz haben, die Aufforderung zuzustellen, die über sie verhängten Strafen anzutreten. Dieselbe Aufforderung erhielten die Staatsanwaltschaften in Krakau, Zabowice und Tarnow in bezug auf Mastek, Putek, Witos und Ciolkosz.

Bekanntlich lautete das vom Obersten Gericht bestätigte und somit rechtskräftig gewordene Urteil für Witos auf 1½ Jahre, für Baginski auf 2 Jahre, für Liebermann, Barlicki und Kiernik auf je 2½ Jahre sowie für Dubois, Mastek, Ciolkosz, Pragier und Putek auf je 3 Jahre Gefängnis.

## Wieder beschlagnahmt!

Wie uns die Bromberger Burgstaroste mitteilt, ist die Nr. 268 der „Deutschen Rundschau“ vom 22. November beschlagnahmt worden. Da auch die Überschrift des beanstandeten Artikels der Beschlagnahme verfiel, sind wir nicht einmal in der Lage anzugeben, weshalb wir beschlagnahmt worden sind.

Wir bitten unsere Leser, uns weiterhin die Treue zu halten, auch wenn uns in letzter Zeit wiederholt höhere Gewalt daran hinderte, immer pünktlich in Stadt und Land zu erscheinen. Eine Ersatzausgabe (Nr. 268A) haben wir heute früh geliefert.

## Tschiangkai-schek will gegen Fuzien marschieren

Schanghai, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) General Tschiangkai-schek bereitet einen Angriff auf General Tsaitingtai vor, der die Unabhängigkeit der südchinesischen Provinz Fuzien ausgerufen hatte. Mit der Eröffnung der Feindseligkeiten wird in der nächsten Woche gerechnet.

Zum Ministerpräsidenten der unabhängigen Regierung von Fuzien ist Titschaisum ernannt worden. Außenminister ist, wie schon gemeldet, Dr. Tschien. General Tsaitingtai, der Oberbefehlshaber der 19. Armee, ist Kriegsminister. Das Regierungsprogramm umfaßt eine vollständige Vollautonomie für China, Abschaffung ungleicher Verträge mit den Westmächten, Streikfreiheit, Religionsfreiheit, Verstaatlichung des Landbesitzes und erhöhten Widerstand gegen Japan. Die Aufständischen haben zwei Bataillone chinesischer Matrosen in Amoy entwaffnet und die Telegraphen- und Funkstationen in Futschau besetzt.

Ein japanischer Eingriff in Fuzien wird für möglich gehalten, obwohl das japanische Außenministerium mitteilt, daß eine Einmischung nicht geplant sei, solange die vielen japanischen Siedler in Amoy und Futschau nicht gefährdet seien.

Vermutlich haben die Sowjetrussen die Autonomiebewegung in Fuzien angezettelt. Daraus läßt u. a. die Lösung „Streikfreiheit“ in dem Programm der neuen Regierung schließen.

Von informierter Seite wird mitgeteilt, daß die Polizei den ehemaligen Bestrafungsangehörigen die Aufforderungen, sich zur Verbüßung der Strafe zu stellen, am Montag, spätestens am Dienstag einhändigen wird. Indessen ist noch nicht bekannt, bis zu welchem endgültigen Termin diesen Aufforderungen Genüge geleistet, d. h. die Stellung erfolgen muß. Nach der bisherigen Praxis ist der Aufgeförderte verpflichtet, sich im Laufe von einigen Tagen zu stellen. Falls dies nicht erfolgt, wird der Aufgeförderte von dem betreffenden Polizeikommissariat zwangsweise ins Gefängnis eingeliefert. Doch auch in diesem Falle muß der Prokurator des Bezirksgerichts dem betreffenden Polizeikommissariat die Anweisung dazu geben.

Eigenartig stellt sich die Sache in bezug auf diejenigen im Brest-Prozess Verurteilten dar, welche sich außerhalb der Staatsgrenzen befinden. So befinden sich die Abgeordneten Liebermann und Pragier in Frankreich, während die Abgeordneten Witos, Kiernik und Baginski in der Tschechoslowakei weilen. Während aber Liebermann und Pragier mit legalen Reisepässen versehen nach Frankreich gereist waren, halten sich Witos, Kiernik und Baginski ohne Reisepässe in der Tschechoslowakei auf. Die Aufforderung des Prokurators wird daher den Abgeordneten Liebermann und Pragier durch das Konsulat in Frankreich zugeestellt werden, gegen die anderen Verurteilten aber, die Abgeordneten Witos, Kiernik und Baginski, werden, sofern sie in den nächsten Tagen nicht zurückkehren sollten, Steckbriefe erlassen, die sicherlich an die betreffenden polnischen konsularischen Vertretungen in der Tschechoslowakei geleitet werden würden.

Was die Eventualität der Verlegung des Termins der Urteilsvollstreckung betrifft, so kann sie eintreten, wenn die Verurteilten ein Gesuch um Aufschub des Strafvollzuges einreichen. Derlei Gesuche müssen auf wichtige Umstände hinweisen wie Krankheit, persönliche oder Familienangelegenheiten, welche verhindern wirken und als Gründe für den Strafaufschub anerkannt werden können. Die diesbezügliche Entscheidung trifft der Prokurator des Bezirksgerichts. Wie weiter verlautet, wird allen Brestler Verurteilten die Untersuchungshaft von 3½ Monaten, welche sie in der Brestler Festung verbracht haben, angerechnet werden. Die von den Verurteilten nach dem Urteil der ersten Instanz hinterlegten Kauttionen, auf Grund deren sie auf freiem Fuß waren, werden auf die Kosten des Gerichtsverfahrens verrechnet. Wie in den Sonntagsblättern der Warschauer Oppositionspresse mitgeteilt wird, haben die Verteidiger der Verurteilten bisher keine Schritte hinsichtlich des Strafaufschubs unternommen.

# Gestörte Thronrede im englischen Oberhaus.

London, 22. November.

Mit dem traditionellen Prunk und den üblichen Feierlichkeiten eröffnete der König von England am Dienstag mittag die neue Sitzungsperiode des englischen Parlaments. In seiner Thronrede sagte er:

„Meine Beziehungen zu den ausländischen Mächten sind weiterhin freundschaftlich. Das Hauptziel meiner Regierung in internationalen Angelegenheiten besteht darin, mit allen in ihren Kräften stehenden Mitteln den Frieden in der Welt zu fördern und zu erhalten. Mit diesem Ziel im Auge wird meine Regierung weiterhin mit den anderen Regierungen zwecks Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der verwickelten Abrüstungsfrage zusammenarbeiten, um eine für alle annehmbare Regelung zu erzielen und fruchtbare Ergebnisse von den ausgedehnten Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu erreichen. Meine Regierung bleibt entschlossen, an dem Werke der internationalen Zusammenarbeit durch gemeinsames Vorgehen durch die Maschinenrie des Völkerbundes und auf allen anderen Wegen zu arbeiten, die der Förderung der guten Beziehungen zwischen allen Staaten und Völkern dienen.“

Im weiteren Verlauf der Rede drückte der König die Hoffnung aus, daß im Parlament baldige gesetzgeberische Vorarbeiten für die indische Verfassungsreform eingebracht würden. Der König sagte dann:

„Das vergangene Jahr zeichnete sich durch ein stetiges Wachsen des Vertrauens in die zukünftigen Aussichten des englischen Handels und der englischen Industrie aus. Nach der Ansicht meiner Regierung ist es von größter Bedeutung, daß dieses Vertrauen aufrecht erhalten und gestärkt wird, denn es ist die Grundlage für die dauernde Besserung der Lage Englands. Durch sorgfältige Befolgung unserer Grundzüge der Kontrolle der Ausgaben und Maßnahmen zur Ermunterung des Unternehmertums werden sich meine Minister bemühen, die schrittweise Rückkehr der Nation zu einer Erleichterung der gegenwärtigen Rüstungslasten herbeizuführen. Meine Regierung wird sich weiterhin bemühen, Hilfe für den Ausfuhrhandel, besonders im Wege von Handelsabkommen zu schaffen.“

Hierzu erwähnt die Thronrede die verschiedenen gesetzgeberischen Maßnahmen, die das Parlament im Laufe der Sitzungsperiode zu behandeln hat, wie das Arbeitslosenversicherungsgesetz, Maßnahmen zur Befestigung der Elendswohnungen, ein Gesetz über das Lotteriel- und Bettelwesen, staatliche Unterstützung der Zuckerrübenindustrie auf ein weiteres Jahr, Regelung der Arbeitszeit für Jugendliche, sowie Maßnahmen für Schottland.

## Die Störung der Rede

Während der König noch sprach, kam es zu einem Zwischenfall, der beispiellos in der englischen Parlamentsgeschichte sein dürfte. Der unabhängig-sozialistische Abgeordnete Mac Govern, der sich in der letzten Zeit wiederholt durch gehässige Ausfälle gegen Deutschland im Unterhaus bemerkbar gemacht hatte, rief plötzlich dazwischen:

„Wie steht es mit der Abschaffung des Verdienstlohn-Nachweises und den Kürzungen der Arbeitslosen-Bezüge? Ihr seid eine Bande von faulen Parasiten, die von dem Reichtum leben, den andere Leute schaffen. Ihr solltet euch vor euch selbst schämen und an die Leute denken, die draußen hungern.“

Der König schenkte diesem Störungsversuch keine Beachtung. Mac Govern verließ das Oberhaus und ging in den Besessaal. Hier zur Rede gestellt, erklärte er, er habe nicht mehr an sich halten können, weil ihn die ganze Zeremonie angeekelt habe. Dieser Zwischenfall wird zweifellos noch ein Nachspiel haben.

## Der englische Kriegsminister über die Abrüstungspolitik.

London, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) In seiner Erklärung über die englische Abrüstungspolitik vor dem Oberhaus sagte der Kriegsminister Lord Heatham u. a. noch folgendes: Die Englische Regierung sei der Überzeugung, daß man, was auch immer für eine Vereinbarung erzielt werde, im Rahmen des Völkerbundes bleiben müsse. Da die Englische Regierung jedoch eine Vereinbarung wünsche, werde sie Besprechungen lediglich nicht deshalb ablehnen, da ein Teilnehmer an diesen Besprechungen bedauerlicherweise nicht Mitglied des Völkerbundes sei oder mitgeteilt habe, nicht im Völkerbund bleiben zu wollen oder mit irgend welchen anderen Erfolg versprechenden Mitteln sich ausschließlich, lediglich weil eine bessere Macht erklärt habe, daß sie die Angelegenheiten nicht in Genf erörtern könne.

Wenn man ein Abkommen finden könne, das eine beträchtliche Abrüstung enthalte und der Weg ein höheres Maß an Sicherheit ohne Aufgabe der lebenswichtigen Verträge Englands biete, dann würden keine Bemühungen zu groß sein und kein Mittel außeracht gelassen werden.

Schließlich sei noch erwähnt, daß man in den breitesten Kreisen der Bevölkerung mit Spannung erwartet, welchen Lauf die Dinge nehmen werden, wenn die Aufforderung an die im Auslande weilenden ehemaligen Westgefangenen, sich zum Strafantritt zu stellen, erfolglos bleibt. Wenn man annimmt, daß dann die störrische Verfolgung einsetzen wird, entsteht die juristisch und politisch interessante Frage, ob die Regierungsbehörden Frankreichs und der Tschechoslowakei dem von Polen gestellten Begehren hinsichtlich der Auslieferung der flüchtigen, in einem politischen Prozeß Verurteilten, stattgeben werden und überhaupt welche Erledigung dieser schwierigen, verschiedenen Taten und Saiten von Instrumenten des internationalen Rechts und der internationalen Politik freifliegende Fall finden werde.

## „Minister Bed

### hat den Selbstständigkeitsorden verdient.“

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In der polnischen Presse herrscht noch „hoher Wogenang“ wegen der unmittelbaren deutsch-polnischen Verhandlungen. Auf der ganzen nationaldemokratischen Front stehen mit Ferngläsern bewaffnete Leute und versuchen, die fernern Ziele „des großen diplomatischen Spiels“ Deutschlands erpäht zu haben. Sie versichern, daß es Deutschland schon halb gelungen sei, den Ball der Alliierten zu sprengen, und zwar durch einige Manöver, unter denen die Verführung des polnischen Walfisches und der Mißbrauch seiner Gutgläubigkeit den besten Erfolg verheißt. Dieses eifrige Treiben hat sichtlich den Zweck, eine gewisse Stimmung im Publikum hervorzurufen, durch welche die Regierung sich veranlaßt sähe, wenn nicht die Öffentlichkeit, so doch die Herren vom „oppositionellen Geheimministerium“ für auswärtige Angelegenheiten“ den künftigen entfanterten Polens durch Vertrauenspersonen in die Pläne der jetzigen Regierung hinsichtlich der Art und Weise der Zusammenarbeit mit Deutschland einzuweisen.

Man ruft unerträglich aus, daß die Regierung der Eindruck mache, „planlos“ vorzugehen, um das Volk ungeduldig zu machen und es dazu zu bringen, mit dem Geschrei über die Planlosigkeit durch Enthüllung der Karten des Spiels ein Ende zu machen. Aber die Regierung läßt sich nicht aus dem Häuschen bringen.

Die „Gazeta Polska“ zitiert eifrig alle möglichen Pressestimmen über die deutsch-polnische Verständigung und läßt es dabei bewenden Sie verrät indessen mit keiner Miene, daß ihr die Verwirrung der Geister im Oppositionslager unlieb sei. Es scheint, daß man es an maßgebender Stelle für gut hält, daß die Presse weder ein noch aus wisse und sich über dieses Nichtwissen frei ausdrücke. Man scheint in Warschau noch mehr damit zufrieden zu sein, daß auch Paris einigermassen desorientiert und verwirrt ist. Einige vorsichtige Informationen darüber finden wir in dem von der „Gazeta Polska“ veröffentlichten Bericht ihres Pariser Korrespondenten Korab-Rucharski. Die Informationen dieses Korrespondenten sind insofern besonders beachtend, weil Rucharski zwischen zwei Herren steht, die er zu bedienen hat und auf deren Empfindlichkeiten er gleichermaßen Rücksicht nehmen muß.

Rucharski meldet, daß „die französische Nation“ den „Schwanz der polnischen realen und zweiseitigen Politik“ mit „Verwunderung“ zur Kenntnis genommen habe. Diese Verwunderung sei ganz natürlich, weil es nicht leicht sei, sich mit dem Gedanken an die Entstehung eines neuen Faktors in der europäischen Politik vertraut zu machen. Die neue Wirklichkeit — versichert Rucharski — sei in Frankreich „ohne Murren“ aufgenommen worden. Keine Stimme habe sich erhoben, um mit Bitterkeit zu sagen: „Polen läßt uns im Stich.“ Der Mann von der Straße habe sich auf eine andere Art und Weise geäußert: „er öffnete breit das Maul und schloß (die Bektüre der Neugier) kopfschüttelnd mit einem lafonischen: Na... na... na...“ Rucharski deutet dieses Mienenspiel als Ausdruck der Verwunderung und — großer wie wohl unbewußter Achtung“.

Senator Henry Beranger, der Vorsitzende der Außenkommission, erklärte, als er in dieser Frage von Journalisten befragt wurde, nach einer Minute ernstlichen Nachsinns, kurz: „Polen ist seit fünfzehn Jahren unabhängig und jetzt ist die Zeit gekommen, daß es selbständig wird.“

Im Anschluß an diesen Anspruch führt der Korrespondent einen anderen Anspruch an, der in Paris gefallen ist, nämlich: daß Josef Bed außer dem Unabhängigkeitskreuz heute ein neuer Orden, der Selbstständigkeitsorden gebühre.“

Das sagt Rucharski um polnischen Freunde gewandt. Aber mit einem verständnisvollen Aufblick zu seinem französischen Freunde, fügt er hinzu, daß der „polnisch-deutsche Schwanz“ in den französischen parlamentarischen und Regierungskreisen als „ein hervorragendes positiver Akt“ kommentiert wurde und daß das Außenministerium sich sehr loyal verhalten und der Presse einen Wink gegeben habe, ihrer Freude darüber Ausdruck zu geben, daß „Polen so ausgezeichnet und rasch seine nachbarschaftlichen Beziehungen ordne“.

Ob die französischen Journalisten die Befolgung dieses Winkes mit einigem Grinsen begleitet haben, unterläßt Rucharski zu melden; er versichert aber, daß man in Paris über die „Reinheit“ der polnischen Absichten einig gewesen sei. Hinsichtlich der deutschen Motive wäre man... andererseits; doch werden sie „in weißer schwarzer Farben“ gemalt, als von manchen polnischen Blättern... .

Die Korrespondenz schließt mit der Feststellung, daß „die Konsequenzen der polnischen Veröhnungspolitik“ in den Worten zusammengefaßt werden: „Jetzt wird es schon leichter gehen!“ Rucharski bekennt, den Sinn dieser Worte nicht zu begreifen... .

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichle vom 22. November 1933.

Aratau - 2,49, Jawischot + 1,60, Warschau + 1,24, Bioc + 1,76, Thorn + 2,04, Jordan + 1,92, Elm + 1,74, Grauden + 1,99, Ruzschat + 2,00, Biedel + -, Dirschau + 1,20, Einlage + -, Schiewenhorst + -.

## Wie man die polnischen Juden in London behandelt hat.

Vom 29. Oktober bis zum 1. November fand, wie wir seinerzeit berichteten, in London eine jüdische Weltkonferenz statt, die sich mit der Hilfsaktion für die Juden in Deutschland beschäftigte. Sie war auf die Initiative des Verbandes der jüdischen Gemeinden in England mit Unterstützung anderer leitender jüdischer Organisationen einberufen worden. Ihre Beratungen waren streng vertraulich.

Der in Warschau erscheinende jüdische „Hajnt“ vom 2. d. M. veröffentlicht in einer Korrespondenz aus London unter dem Titel „Im Chaos der Geheimnisse“ einen allgemein gehaltenen Bericht über den Verlauf der Beratungen. Das charakteristische Merkmal dieser Konferenz war nach diesem Bericht neben der Vertraulichkeit die Geringschätzung ihrer Führer gegenüber den Juden aus Polen. Vor allem wollte man diese nicht unter den Delegierten haben. „Anfangs hatten die Londoner „Potentaten“ überhaupt keine Lust, die Vertreter Polens einzuladen.“ Man lud sie unter dem Druck der Ostjuden aus Paris und London ein. Und dann versuchte man die Organisatoren zu zwingen, daß die Juden aus Polen bei der Eröffnung der Konferenz nicht das Wort ergreifen sollten. Dies wurde auch durchgeführt. Trotzdem die Juden aus Polen nicht nachgeben wollten, wurde der polnischen Delegation bei der Eröffnung nicht das Wort erteilt.

Nach dem „Moment“ hat der Konferenzvorsitzende N. Laski die Zahl der jüdischen Flüchtlinge mit 65 000 angegeben, von denen 33 000 Kaufleute, 30 000 Frauen und Kinder, sowie 2000 Studenten sind. Die Flüchtlinge wurden in folgenden Ländern untergebracht: in Frankreich 25 000, in Palästina 6500, in Polen 4500, in der Tschechoslowakei 4000, in Holland 2500, in England 2500, in der Schweiz 2000; der Rest wurde auf verschiedene Länder verteilt. Den Juden handle es sich um ihre Unterbringung in den Ländern Osteuropas: „Die beste Lösung des Flüchtlingsproblems ist, wie Herr Laski betonte, die Emigration, und daher hat man etwa 8000 von ihnen in die Länder Osteuropas zurückgeschickt, davon über die Hälfte nach Polen.“

### Die Einreise der Juden nach Palästina eingeschränkt.

Einer Londoner Meldung zufolge sind Donnerstag die Grenzen von Palästina durch starke Abteilungen arabischer und englischer Truppen besetzt, um die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina zu verhindern. Schon im Laufe des ersten Tages wurden etliche Autos angehalten, in denen sich jüdische Emigranten befanden. Die Mehrzahl der jüdischen Männer, Frauen und Kinder wurden wegen unerlaubter Grenzüberschreitung verhaftet. Diese Maßnahme hat unter den Juden eine große Entrüstung hervorgerufen, da von ihr ausschließlich die jüdischen Einwanderer betroffen werden. Die Beduinen und Araber können die Grenze von Palästina beliebig und ungehindert überschreiten.

### Einsteins Vermögen eingezogen.

Im Deutschen Reichsanzeiger wird eine Bekanntmachung des Geheimen Staatspolizeiamts veröffentlicht, in der mitgeteilt wird, daß auf Grund des Gesetzes über die Einziehung staatsfeindlichen Vermögens die Vermögensgegenstände der Eheleute Albert und Elise Einstein, zuletzt Berlin W 30, Haberlandstraße 5, zu gunsten des Preussischen Staates eingezogen worden sind.

## Auch für Litauen eine neue politische Lage

In den politischen Kreisen von Kowno wird, wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, die angebaute Verständigung zwischen Deutschland und Polen sehr lebhaft kommentiert. Dort wird die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß durch diese Verständigung auch für Litauen eine neue politische Situation entstehe und daß Litauen deshalb jetzt eine aktivere Außenpolitik führen müsse. Dabei wird wiederum der Gedanke des baltischen Dreiebundes in Erwägung gezogen, der freilich von jedem Einfluß frei sein müßte.

Über den bevorstehenden Personalwechsel im Außenministerium melden die Kownoer Morgenblätter, daß der litauische Gesandte in Berlin, Dr. Schaulyš, zum Gesandten in Moskau und der Gesandte in Paris, Klimas, zum Berliner Gesandten ernannt werden sollen. Der gegenwärtige Gesandte in Moskau, Baltruschaitis, der die Altersgrenze bereits vor einigen Jahren erreicht hat, soll pensioniert werden.

## Republik Polen.

### Sechs Millionen Defizit bei der Post.

Das staatliche Unternehmen „Polnische Post, Telegraph und Telephon“ weist für den Monat September ein Defizit von 6 250 000 Zloty auf. Den Einnahmen in Höhe von 13 912 000 Zloty stehen Ausgaben in Höhe von 20 168 000 Zloty gegenüber.

### Warschauer Defizit — 8 Millionen.

Der Budgetvoranschlag für das Jahr 1934/35 der Stadt Warschau bewegt sich in den Grenzen des diesjährigen Haushaltsplanes — 88 Millionen — mit dem einen Unterschiede, daß die Ausgaben und Einnahmen im diesjährigen Budget fast gleich hoch sind, während der Budgetanschlag für das kommende Jahr ein Defizit von acht Millionen Zloty vorstellt.

## Aus anderen Ländern.

### Auflösung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 21. November. (P.A.T.) Das Amtsblatt veröffentlicht die Verordnung über die Auflösung des Parlaments. Die Neuwahlen wurden festgesetzt für die Deputiertenkammer auf den 20. Dezember und für den Senat auf den 28. Dezember d. J. Das neue Parlament wird am 10. Januar 1934 einberufen werden.

### Dänischer Abgeordneter wegen Verhöhnung der Hakenkreuzfahne vor Gericht.

Mit Zustimmung des zuständigen Parlamentsausschusses wird der dänische Folketing-Abgeordnete Aigel Larsen gerichtlich zur Verantwortung gezogen, weil er den Paragraphen des Strafgesetzes, der die Verhöhnung einer fremden Flagge betrifft, übertreten hat. Larsen hatte in einer Versammlung, in der die Hakenkreuzfahne eine Hakenkreuzfahne zerrissen und verhöhnt.

### Legitimistische Kundgebungen in Budapest.

Budapest, 22. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag fand hier anlässlich des 21. Geburtstages des Erzherzogs Otto eine legitimistische Kundgebung statt, auf der Graf Joleph Karolyi, der Führer der ungarischen Legitimisten, darauf hinwies, daß der Legitimus mit der ungarischen Verfassung eng verknüpft sei.

Während und nach dem legitimistischen Festessen fanden in der Nähe geräuschvolle antihabsburgische Kundgebungen statt. Es wurden Schmährufe auf die Habsburger und die Legitimisten ausgestoßen und Strohpuppen im Smokng in die Höhe gezogen.





Bommerellen.

22. November.

Graudenz (Grudziadz).

Kredite für das Handwerk in Graudenz. Den Bemühungen von Mitgliedern der Verwaltung der Stadtparkasse ist es gelungen, die Landeswirtschaftsbank zu veranlassen, eine Summe von 30.000 Zloty zu Darlehenszwecken für hiesige Handwerker zu erteilen.

Der Schiffsverkehr auf der Weichsel war in den letzten Monaten noch recht reger, ja man kann sagen: lebhafter als in den Sommermonaten. So legten im September am städtischen Ufer 14 Lastkähne an.

Immer noch nicht angebeffert ist der Schaden an dem Bollwerk der Trinke an zwei Stellen kurz oberhalb der Grabenstraßen-Brücke. Und doch droht durch die losgerissenen Stützbretter ein Nachsacken des Böschungsbodens und damit eine Verstopfung des Kanals.

Kellerdiebstahl. Fast täglich ist über Einbrüche in Keller oder Ställe zwecks Ergatterung von Brennmaterial zu berichten. So brachen in der Nacht zu Montag bei Alfons Lupa, Kirchenstraße (Koscielna) 26, Diebe ein und stahlen 250 Kilogramm Kohlen.

Thorn (Toruń).

Deutsche Wähler in Thorn!

Leider wurden uns bis auf die Bezirke 3 und 8 die Abgabe der Stimmen für eine eigene Liste durch Beanstandung der Unterschriften unmöglich gemacht, alle, die für eine von den gestrichenen Listen stimmen wollten, zur

Stimmhaltung

verurteilt.

Also: Nur in den Thorner Bezirken 3 und 8 könnt Ihr eure Stimmen für die deutsche Liste Nr. 5 abgeben!

Die Wahllokale für die Bezirke 3 und 8, sowie die zu ihnen gehörenden Straßen werden noch an dieser Stelle bekanntgegeben!

Das Rachen der neuen Hochwasserwelle der Weichsel machte sich bereits bemerkbar. Von Montag zu Dienstag früh stieg der Wasserspiegel am Thorner Pegel um 10 Zentimeter auf 1,79 Meter über Normal an.

Durch einen Revolvererschuss in die linke Schläfe hat sich Sonntag mittag in seiner Wohnung auf der Bromberger Vorstadt ein Buchhalter das Leben genommen.

Nicht weniger als 13 Einbruchsdiebstähle hat eine aus mehreren Personen bestehende Einbrecherbande auf dem Gewissen, der die Polizei in der Nacht zum Sonnabend auf die Spur kam.

Einbrecher vor Gericht. Vor dem hiesigen Burggericht nahmen am letzten Sonnabend der 39jährige Mechaniker Aleksander Rafalski und der 38jährige Monteur Rafymilian Grenda auf der Anklagebank Platz.

Gerichtliches Nachspiel einer blutigen Familienstragödie. Das Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz verhandelte am Mittwoch gegen den der Ermordung

Einer sagt es dem anderen!

Neulich klagte mir ein Freund über Haarausfall und lästige Schuppenbildung. Da ich selbst einst unter diesen Erscheinungen zu leiden hatte und davon rasch befreit wurde, konnte ich meinem Freunde gut raten.

seiner Stiefmutter angeklagten Bernard Morawski aus Mroczo, Kreis Strasburg. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Morawski, Eigentümer einer 34 Morgen großen Wirtschaft, verheiratet, Vater von 6 Kindern, führte mit seinen Eltern (Vater und Stiefmutter) wegen des rückständigen Deputats einen Prozeß, in dem der Vater über die strittige Summe von ca. 180 Zloty ein Vollstreckungsurteil erwirkte.

Der Polizeibericht vom Sonnabend und Sonntag zählt auf: neun kleine Diebstähle, sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und zwei bzw. eine Zuwiderhandlung gegen handels-administrative bzw. sittenpolizeiliche Bestimmungen.

Auf dem Dienstag-Weekendmarkt gab es sehr viel Weißkohl, der pro Mandel mit 0,90 abgegeben wurde, dann Rot- und Wirsingkohl pro Kopf mit 0,05 - 0,20, Rosenkohl mit 0,25 - 0,35, Blumenkohl pro Kopf mit 0,05 - 0,50, Grünkohl mit 0,15 - 0,20.

Wählerversammlung in Culmsee.

Am Dienstag nachmittag um 6 Uhr fand in der Villa Nova in Culmsee eine Vorwahlversammlung statt, die von Herrn Siller geleitet und durch eingehende Ausführungen über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl eröffnet wurde.

Graudenz.

Der Buchhandlung Arnold Kriedte Mickiewicz 3 - Tel. 85 - müssen Sie Ihre Graudenz Anzeigen für die Deutsche Rundschau aufgeben. Geschäfts-Anzeigen, Reklamen, Stellenangebote, Privat- und Familien-Nachrichten finden hierin die größte Beachtung.

Thorn.

Teppiche Größte Auswahl 7844 Hervorragende Muster Denkbar niedrigste Preise Gebrüder Tews, Toruń, Mostowa 30. Das Spezialhaus für Möbel und Teppiche.

Groß-Bösendorf, 20. November. Am Sonntag und Montag war in unserem Dorfe eine zehn Mann starke Spielschar jugendlicher deutscher Arbeitsloser, die mit ihren Darbietungen für die Winterhilfe werben wollten.

Kamin, 22. November. In Kamin finden keine Stadtverordneten-Wahlen statt, da nur eine Liste eingereicht worden ist, von der der Regierungshof 6 Mandate erhielt, die Deutschen 2, die Nationaldemokraten 1, Nationale Arbeiter-Partei 1, Pflast 1, Parteilos 1.

König (Chojnice), 21. November. In der Nacht zum Montag erhängte sich in der Gefängniszelle der Steinseher Klugmann. K. hatte bis Sonnabend bei der Neupflasterung der Bahnhofstraße gearbeitet und wurde dann verhaftet, um eine mehmonatliche Strafe wegen fahrlässigen Meineides abzusitzen.

Strasburg (Brodnica), 20. November. Am Sonntag abend um 6 Uhr fand hier im Saale des Altersheims anlässlich des 450. Geburtstages Dr. Martin Luthers ein Familienabend statt.

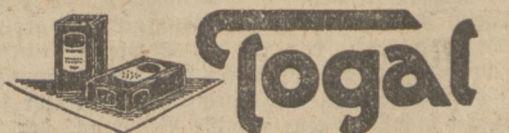
Soldau (Działowo), 19. November. An der letzten Kreistagsitzung nahmen 16 Mitglieder teil. Im feinerzeit beschlossenen Budget hat der Wojewode einige Abänderungen vorgenommen und angeregt, die Grund- und Einkommensteuer zu ermäßigen, dagegen die Hundesteuer und die Ausgaben zur Unterhaltung eines Dienstautomobils für den Starosten zu erhöhen.

Wirken Togonal-Tabletten bei allen rheumatischen Leiden, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Neuralgie und Erkältungskrankheiten. Seit mehr als 15 Jahren werden mit Togonal überall die besten Heilerfolge erzielt.



Prompt und gut

wirken Togonal-Tabletten bei allen rheumatischen Leiden, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Neuralgie und Erkältungskrankheiten. Seit mehr als 15 Jahren werden mit Togonal überall die besten Heilerfolge erzielt.



Togonal





